

LANDKREIS ROTENBURG

Kämpfer mit zartem Körper
Sittensen, 14



RADWEG EINGEWEIFT

Strecke von Ohrel bis nach Sassenholz kostet rund 820000 Euro. Selsingen, 15



EIN DORF FEIERT FRÖHLICH

Landjugend stellt beeindruckendes Erntedankfest auf die Beine. Breddorf, 16



MEINE MEINUNG



VON STEPHAN OERTEL

Nicht überzeugend

Die vom Landrat angeführten Argumente gegen den Kauf des so genannten Edelmann-Grundstücks sind wenig plausibel. Natürlich kann und muss man darüber reden, ob der Kaufpreis von 75 000 Euro angemessen ist. Aber wie überzeugend ist es, diesen als überhöht abzulehnen und gleichzeitig grünes Licht für einen Betrag von 50 000 Euro zu geben, den man ebenfalls als viel zu hoch bewertet?

Auch das Argument mit den Folgekosten sticht nicht. Denn egal zu welchem Preis der Landkreis das Grundstück kauft: Die Ausgaben für die weitere Nutzung gehen die gleichen. Und wie das Gelände künftig genutzt wird, ob etwa das Ehresmann-Konzept tatsächlich umgesetzt wird, muss unabhängig vom Grundstückskauf erst beschlossen werden. Es gibt keinen unmittelbaren Zusammenhang.

Der Verdacht drängt sich auf, dass es Landrat und Kuratorium gar nicht primär um den Kaufpreis geht, sondern darum, den Erwerb des Grundstücks zu verhindern, weil sie eine Ausweitung der Gedenkstätte grundsätzlich nicht wollen. Dann aber hätte das Gremium den Mut haben müssen, dieses auch zu beschließen und nicht eine Summe zu nennen, von der man offenbar hoffte, dass sich der Eigentümer darauf schon nicht einlassen wird. Diesen Mut hatte man nicht.

Das hängt sicher auch mit der Geschichte der Gedenkstätte zusammen, die erst nach langen Widerständen insbesondere aus konservativen Kreisen und auf Druck aus Hannover überhaupt eingerichtet wurde. Heute besuchen viele Menschen diese bundesweit einmalige Einrichtung, die inzwischen auch im Landkreis überparteilich hoch gelobt wird. Natürlich müssen inhaltliche Diskussionen möglich sein, politische Taktiererei aber kann der Gedenkstätte Sandbostel nur schaden.



Die alten Lagergebäude auf dem Edelmann-Grundstück verfallen zunehmend. Der Landkreis denkt darüber nach, die Fläche zu kaufen.

Foto Oertel

Landrat lehnt Grunderwerb ab

Kritik am Kaufpreis für Nachbargrundstück der Gedenkstätte Sandbostel – Warnung vor Folgekosten

VON STEPHAN OERTEL

ROTENBURG. Der geplante Kauf des so genannten Edelmann-Grundstücks für die Gedenkstätte Lager Sandbostel sorgt für Diskussionen. Entbrannt ist dieser am Kaufpreis von 75 000 Euro. Zu viel, finden die Kritiker, während die Befürworter die Chance sehen, die Fläche endlich erwerben zu können. Bei der Debatte wird jedoch deutlich: Es geht nicht nur um den Preis, ob die Gedenkstätte weiter wachsen soll.

Wer sich dort über das ehemalige Kriegsgefangenen- und KZ-Aufanglager am Rande Sandbostels oder über die Nutzung nach dem Krieg informieren möchte, passiert erst einmal alte Baracken, die zwar unter Denkmalschutz stehen, aber in sich zusammen fallen. Dächer sind eingestürzt, Scheiben zerborsten, Wände werden von Balken gestützt. Um diesen „Schandfleck“ zu beseitigen gibt es seit längerem Bemühungen, die Fläche zu erwerben. Die gehörte einst auch zum Lagergelände, ist aber bislang nicht Teil der direkt angrenzenden Gedenkstätte, sondern in Privatbesitz.

Geld im Etat schon eingeplant

Die Mehrheitsgruppe im Kreistag ist nun aber bereit, das Edelmann-Grundstück für 75 000 Euro zu kaufen und das Areal dann der Stiftung zu schenken. Volker Kullik (SPD) hat im Kreistag einen entsprechenden Antrag für SPD, Grüne und WFB eingebracht. Das Geld ist sogar im Kreis-Etat für 2015 ausgewiesen.

Landrat Hermann Luttmann (CDU), der auch dem Kuratorium angehört, läuft dagegen Sturm. „Wir werfen das Geld zum Fenster raus“, befand er gestern während eines Pressegesprächs. Das etwa 15 000 Quadratmeter große

Grundstück sei kaum etwas Wert und der Eigentümer könne damit so gut wie nichts anfangen. Es gebe also überhaupt keine Eile, die Fläche mit den zunehmend verfallenden Gebäuden jetzt für den Preis zu kaufen.

Luttmann machte keinen Hehl daraus, das Grundstück eigentlich gar nicht haben zu wollen, auch wenn er sich im Kuratorium auf einen Kauf für maximal 50 000 Euro eingelassen habe. „Auch das wäre viel zu viel.“ Er befürchtet, dass die Gedenkstätte zu einem Fass ohne Boden wird, wenn sie weiter wächst. „Wir stoßen in neue Dimensionen vor“, so Luttmann. Eine regional und kommunal wirkende Stiftung sei damit überfordert.

Er verwies auf das von Gedenkstättenleiter Andreas Ehresmann vorgelegte Konzept für die Nutzung des Edelmann-Grundstücks. Das könne nur umgesetzt werden, wenn es dafür Geld von Land und Bund gibt. Seinen Informationen nach ist damit aber nicht vor 2019 zu rechnen.

Der Landrat verband seine Aussagen mit politischen Attacken. Er schließe nicht aus, dass

dem Grundeigentümer vorab signalisiert worden sei, das Grundstück für 75 000 Euro los zu werden, bemerkte er, ohne aber Ross und Reiter zu nennen. Konkreter wurde er mit Blick auf Ministerpräsident Stephan Weil (SPD). Dass der sich bei einem Besuch in Sandbostel für den Kauf des Edelmann-Grundstücks ausgesprochen hat, habe die Verhandlungsposition des Eigentümers eher verbessert.

Volker Kullik sieht in dem Kauf des Grundstücks dagegen die Chance, die „mehrere Jahre währende Hängepartie“ zu beenden und endlich eine würdige Gestaltung des Eingangsbereichs der Gedenkstätte vorzunehmen, wie es in dem von ihm formulierten Antrag heißt. Gleichzeitig würden Mietkosten für dringend benötigte Räume wegfallen. Und: Es gebe bereits Sponsoren, die sich großzügig einbringen wollen, wenn es um das Aufräumen und Sanieren auf dem Edelmann-Grundstück geht, teilte er im Kreistag mit.

„Wir werfen das Geld zum Fenster raus.“

KOMPAKT

Polizei kontrolliert Maistransporter

HELLWEGE. Nachdem die Maiernte auch im Landkreis Rotenburg im vollen Gange ist, kontrollierte die Rotenburger Polizei am Sonntag im Raum Hellwege mehrere Trecker mit Maisanhängern. Ergebnis: In vier Fällen wurden Bußgeldverfahren wegen mangelnder Ladungssicherung eingeleitet. Neben einem Punkt im Fahreignisregister kommen auf die Verantwortlichen Bußgelder in Höhe von 60 Euro zu. Weitere Kontrollen folgen, kündigen die Beamten an. (ZZ/oe)

Zusammenstoß auf der Kreuzung

SCHEESESEL. Eine leichtverletzte Person und ein Schaden von rund 10 000 Euro – das ist die Bilanz eines Verkehrsunfalls, der sich Sonntagmittag in Scheeßel ereignete. Laut Polizei wollte ein 41-Jähriger mit seinem Wagen nach links abbiegen, übersah dabei aber einen in Richtung Ortsmitte fahrenden 50-jährigen Autofahrer. Im Kreuzungsbereich kam es zum Zusammenstoß, bei dem der 50-Jährige Verletzungen am Bein erlitt. Beide Fahrzeuge waren anschließend nicht mehr fahrbereit. (ZZ/oe)

Ein Mix aus Rock, Folk und Lyrik

KUHSTEDTERMOOR. Florian Oberlechner und Flow Job treten am Sonntag, 24. Oktober, im „Cultino“ in Kuhstedtermoor auf. Ab 20 Uhr ist ein Sound zwischen progressiver Rockmusik, Folk und Jazz mit experimenteller Lyrik angesagt. Eintritt: 10 Euro. (oe)



Flow Job

„Unterbringungsnotstand“ setzt Kommunen unter Druck

Flüchtlinge sollen früher und in größerer Zahl auf die Samt- und Einheitsgemeinden verteilt werden – Bürgermeister nehmen auch Turnhallen in den Blick

ROTENBURG/TARMSTEDT/SITTENSEN/SELINGEN/ZEVEN. Die Kommunen im Landkreis werden mehr Flüchtlinge aufnehmen müssen als bisher erwartet – und dies in deutlich höherem Tempo. Darauf hat das Innenministerium jetzt in einem Schreiben hingewiesen, ohne allerdings konkrete Zahlen zu nennen. In den Rathäusern wird mindestens von einer Verdoppelung ausgegangen. „Kurz vor einem Unterbringungsnotstand“ sei das Land. Es gebe vor dem Winterbeginn kaum noch geeignete Liegen-schaften, die für die Erstaufnahme neuer Flüchtlinge geeignet seien, schreibt Stephan Manke, Staatssekretär im Innenministerium. Deshalb werde die Verteilung auf die Landkreise deutlich beschleunigt – von 1500 Personen am Tag auf 2500.

Was das für die Einheits- und Samtgemeinden bedeutet, lässt sich zumindest erahnen. Der Samtgemeinde Tarmstedt etwa waren für den Zeitraum von September bis Januar 55 Flüchtlinge angekündigt worden – zusätzlich zu den 100 bereits untergebracht

ten. Wenn die nun deutlich schneller kommen, muss deren Unterbringung wahrscheinlich schon bis November geregelt sein. „Sportlich, aber ganz sportlich“, nennt Samtgemeindebürgermeister Frank Holle diese Herausforderung. Zumal für das Zeitfenster danach eine Verdoppelung des aktuellen Kontingents angesagt ist: In Tarmstedt wären das weitere 110 Asylsuchende.

Bei der Anmietung von Wohnungen und Häusern könne die Samtgemeinde deshalb künftig nicht mehr wählen. Auch in Orten, die weder Einkaufsmöglichkeiten noch eine Busanbindung bieten, werde eine Unterbringung erfolgen müssen. „Das bedeutet einen erheblichen Mehraufwand für die freiwilligen Helfer“, ist Holle sicher.

Er denkt auch darüber nach, öffentliche Gebäude mit Flüchtlingen zu belegen, wenn der Immobilienmarkt keine Wahl lasse. „Zelte brauchen wir bei Minus-

graden nicht aufzustellen. Und für Container gibt's Wartezeiten von anderthalb Jahren.“ Bevor Dorfgemeinschaftshäuser und Turnhallen zu Unterkünften umfunktioniert würden, seien jedoch Gespräche mit den Gemeindebürgermeistern nötig. Damit wären aber längst nicht alle Probleme aus der Welt. „Was soll ich machen, wenn es keine Betten mehr gibt“, fragt Holle. Ihm bleibe dann nur, auf die Unterstützung der Bürger zu hoffen.

Am kommenden Freitag wird Gelegenheit sein, die Problematik mit den Kollegen zu besprechen. Landrat und die Bürgermeister der Samt- und Einheitsgemeinden kommen dann zu einem kurzfristig anberaumten Treffen zusammen.

Dann wird sicher auch über das Zevenor Vorgehen gesprochen. Dort denkt man unter anderem darüber nach, Standards zu senken, wie Samtgemeindebürgermeister Jürgen Husemann erklärt. Im Flüchtlingswohnheim an der Molkereistraße könnten dann pro Zimmer drei statt zwei Personen unterkommen. Grund-

sätzlich halte man aber am Prinzip der dezentralen Unterbringung fest und suche deshalb weiterhin Wohnraum.

Wohnungen mieten, Häuser kaufen: das hat in der Samtgemeinde Sittensen weiter Priorität. Klar ist aber auch, dass das Angebot auf dem Wohnungsmarkt begrenzt ist. Folglich denkt man über mobile Notunterkünfte aus Holz nach. „Wir sind dabei, entsprechende Module zu entwickeln“, sagt Samtgemeindebürgermeister Stefan Tiemann.

Ehemaliger Gasthof im Blick

An Platz, die Behelfsbauwerke aufzustellen, mangelt es seinen Worten zufolge nicht. Allerdings sind die mobilen Unterkünfte nicht von heute auf morgen aufzustellen. Im Gegensatz zur bisherigen Strategie, Asylbewerber nur in Sittensen unterzubringen, sucht die Samtgemeinde jetzt auch intensiv nach Wohnraum auf den Dörfern.

In Kalbe soll es bereits gelungen sein, eine Unterkunft für Flüchtlinge zu finden. Die Belegung von Turnhallen und Dorfgemeinschaftshäusern wird derzeit noch nicht in Erwägung gezogen. „Aber ich schließe nichts aus“, stellt Tiemann klar. „Das Ende der Flüchtlingswelle ist überhaupt noch nicht in Sicht.“ Nur Zelte kämen nicht infrage.

In der Bevölkerung wird auch immer wieder der seit 15 Jahren leer stehende „Niedersachsenhof“ ins Spiel gebracht, in dem zahlreiche Flüchtlinge einquartiert werden könnten. Gespräche mit dem Eigentümer laufen Tiemann zufolge bereits. Eine Einigung konnte allerdings noch nicht erzielt werden.

Auch in der Samtgemeinde Selsingen wird die Lage zunehmend

ernst. Zwar gibt es aktuell noch genügend Wohnraum für Flüchtlinge, doch angesichts der neuen Ankündigung aus Hannover komme das Ende der Fahnenstange langsam in Sicht.

„Wir kriegen kaum noch Wohnungen“, sagt Bürgermeister Hans-Hinrich Pape. „Wenn das so weiter geht, wissen wir nicht mehr, wie wir die Unterbringung vornehmen sollen.“ Zelte kommen für ihn nicht infrage. Auch Dorfgemeinschaftshäuser oder Sporthallen möchte er möglichst nicht belegen. Die Kommunen, nicht nur Selsingen, stünden seinem Eindruck nach „mit dem Rücken an der Wand“. (bal/sj/ab/ll)

Zum Thema

Die Unterbringung von Flüchtlingen und Asylbewerber wird kreisweit zunehmend schwieriger. „Die Situation in den Gemeinden spitzt sich zu“, teilt Landrat Hermann Luttmann gestern in einem Pressegespräch mit. Das betreffe auch die Betreuung. Die ehrenamtlichen Helfer stießen an ihre Grenzen und auch die Mitarbeiter in den Behörden könnten die Arbeit kaum noch bewältigen. Für 2016 kündigte der Landrat für die Kreisverwaltung die Schaffung von mehr als zehn Stellen an – im Jugendamt, im Sozialamt und in der Ausländerbehörde. Die allein dadurch entstehenden Kosten bezifferte er auf rund 600 000 Euro im Jahr. Ob es damit getan ist, ist offen. Zur Zeit könne man nicht seriös voraussagen, wie viele Flüchtlinge noch in den Landkreis kommen. (oe)